



# HESSISCHER LANDTAG

22. 05. 2014

Plenum

## **Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses**

Der Landtag wolle beschließen:

Es wird ein Untersuchungsausschuss nach Art. 92 HV und § 54 GOHLT eingesetzt.

Dem Ausschuss gehören 13 Mitglieder an (5 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 DIE LINKE, 1 FDP).

Der Untersuchungsausschuss hat den Auftrag, umfassend aufzuklären, in welcher Weise die hessischen Gerichte, Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden auf der Landesebene und mit den Bundesbehörden und anderen Länderbehörden in Zusammenhang mit der Aufklärung des Mordes an Halit Yozgat und der NSU-Mordserie zusammengearbeitet haben und welche Fehler bei der Aufklärung der NSU-Morde in Hessen im Rahmen der Ermittlungsarbeit und des Zusammenwirkens der Sicherheitsbehörden begangen wurden.

### **I. Dabei ist insbesondere zu klären:**

1. Ob den hessischen Gerichten, Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden bereits vor dem Mord an Halit Yozgat Informationen oder Hinweise vorlagen, die in Zusammenhang mit den damals bereits bekannten Taten, die heute der NSU zugerechnet werden, stehen könnten.
2. Wie die hessischen Gerichte, Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden gegebenenfalls mit den unter Nr. 1 benannten Informationen und Hinweisen umgegangen sind und welche Rolle diese im Zusammenhang mit den Ermittlungen zum Mord an Halit Yozgat gespielt haben.
3. Ob den hessischen Gerichten, Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden Kenntnisse darüber vorliegen bzw. vorlagen, dass es Verbindungen aus der rechtsextremen Szene in Hessen zur NSU oder zum thüringischen Heimatschutz gab und wie sie mit diesen Kenntnissen umgegangen sind.
4. Aus welchen Gründen Vertreter des Landes Hessen nach dem Mord an Halit Yozgat den Vorschlag des BKA, eine Lage- und Informationsstelle in Nürnberg einzurichten, um eingehende Hinweise zentral zu sammeln und auszuwerten, ablehnten.
5. Wieso Vertreter des Landes Hessen über den Komplex in Nr. 4 hinaus auch die zentrale Ermittlungsführung durch das BKA ablehnten.
6. Inwieweit rechtsextreme Motive bei der Ermordung von Halit Yozgat geprüft und warum diese ausgeschlossen wurden.
7. Ob und - wenn ja - inwieweit die Ermittlungsarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft bei der Aufklärung des Mordes an Halit Yozgat durch das Landesamt für Verfassungsschutz beeinträchtigt und behindert wurde.
8. Welche Rolle der damalige Mitarbeiter des Verfassungsschutzes Andreas T. innehatte und in welcher Weise die Ermittlungen gegen ihn geführt wurden.
9. Seit wann der damalige Innenminister und heutige Ministerpräsident Volker Bouffier sowie seine damalige Staatssekretärin Oda Scheibelhuber von dem Verdacht gegen Andreas T. wussten und wieso das Parlament hierüber nicht zeitnah informiert wurde.

10. Wieso der damalige Innenminister Volker Bouffier nicht zuließ, dass die Staatsanwaltschaft Informanten des hessischen Verfassungsschutzes vernehmen konnte, und warum Volker Bouffier durch die Verweigerung der von der Staatsanwaltschaft beantragten Aussagegenehmigung für die vom Verfassungsschutzbeamten Andreas T. geführten Quellen den Quellenschutz als wichtiger erachtete als die Aufklärung des Mordes an Halit Yozgat.
11. In welcher Weise und durch wen der damalige Innenminister und heutige Ministerpräsident Volker Bouffier über die Ermittlungen in der Mordsache Halit Yozgat und die NSU-Ermittlungen informiert wurde.
12. Mit welchen Entscheidungen des damaligen Innenministers Volker Bouffier, seiner früheren Staatssekretäre Oda Scheibelhuber und Boris Rhein sowie der Polizeiführung im Innenministerium die Ermittlungen in der Mordsache Halit Yozgat und die NSU-Ermittlungen beeinflusst worden sind.

## **II. Der Untersuchungsausschuss soll zudem prüfen:**

1. Welche Schlussfolgerungen im Blick auf den Rechtsextremismus für die Struktur und Organisation der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden des Landes für die Zusammenarbeit der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden auf Bundes- und Landesebene und für die Gewinnung und den Austausch von Erkenntnissen der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden des Bundes und der Länder gezogen werden müssen.
2. Ob und wie bei Ermittlungsmaßnahmen Leid für die Opfer von extremistischen Straftaten und deren Angehörigen wirksamer vermieden werden muss und kann.
3. Ob und wie die Bekämpfung rechtsextremistischer Gewalt in allen Bereichen (Repression, Prävention, Sensibilisierung der verantwortlichen Stellen) verbessert werden muss und kann.






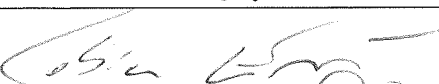


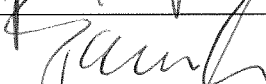


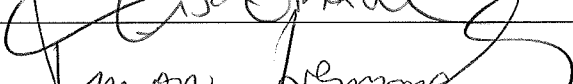

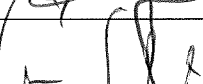
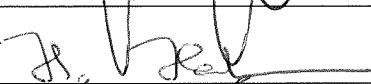

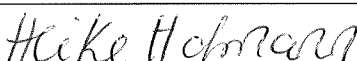
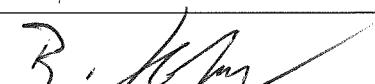

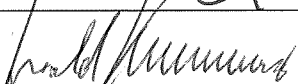
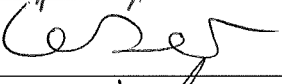
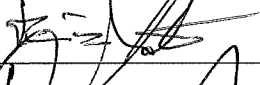
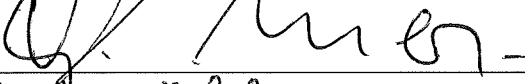
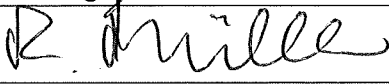
Die Haushaltsmittel für die Durchführung dieses Untersuchungsausschusses werden auf Antrag des Landtages durch die Landesregierung bereitgestellt.

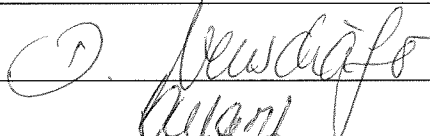
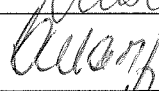
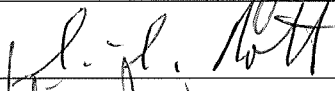
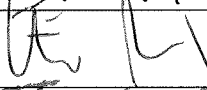


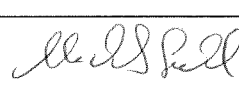
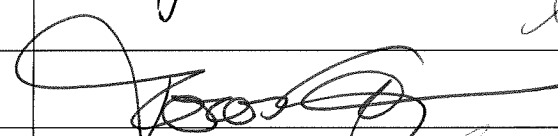
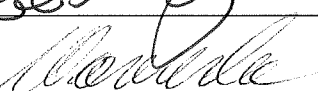
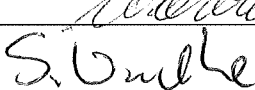
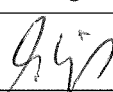
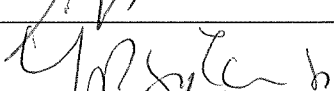
Wiesbaden, 22. Mai 2014

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Schäfer-Gümbel**

**Anlage**

Unterschriftenliste SPD-Landtagsfraktion (19. WP)

Alex, Ulrike	
Barth, Elke	
Decker, Wolfgang	
Degen, Christoph	
Di Benedetto, Corrado	
Eckert, Tobias	
Faeser, Nancy	
Frankenberger, Uwe	
Franz, Dieter	
Geis, Kerstin	
Gnadi, Lisa	
Gremmels, Timon	
Grüger, Stephan	
Grumbach, Gernot	
Habermann, Heike	
Hartmann, Karin	
Hofmann, Heike	
Hofmeyer, Brigitte	
Holschuh, Rüdiger	
Kummer, Gerald	
Löber, Angelika	
Lotz, Heinz	
Merz, Gerhard	
Müller, Regine	

Neuschäfer, Daniela	
Quanz, Lothar	
Roth, Ernst-Ewald	
Rudolph, Günter	
Schäfer-Gümbel, Torsten	
Schmitt, Norbert	
Siebel, Michael	
Dr. Spies, Thomas	
Warnecke, Torsten	
Waschke, Sabine	
Weiß, Marius	
Ypsilanti, Andrea	
Yüksel, Turgut	